

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Algerische Wirtschafts- und Gewerkschaftsprobleme

Algerien steht am Vorabend der staatlichen Unabhängigkeit. Für die algerischen Arbeiter und Landarbeiter ist die Befreiung aber nicht so sehr eine nationale wie vielmehr eine soziale Frage. Sie waren bis jetzt die unterste Basis einer Pyramide. Sie wollen nicht nur politische, sondern auch soziale Rechte.

Es gibt in Algerien ungefähr 900 000 Lohnempfänger, davon 124 000 Arbeiter und Angestellte, 142 000 Landarbeiter, 459 000 Sai-

son-Landarbeiter (also teilweise Arbeitslose), 179 000 Hilfsarbeiter und Lehrlinge.

Die in Frankreich lebenden 200 000 algerischen Arbeiter sind, trotz ihrer Diskriminierung im französischen Arbeitsprozeß, für die algerische Arbeitermasse eine „Aristokratie“. Von ihren in Frankreich verdienten Löhnen leben jeweils vier bis fünf Familienangehörige in Algerien.

Der algerische *Gewerkschaftsbund* UGTA (Union Generale des Travailleurs Algeriens) wird im neuen Algerien eine große Rolle spielen. Er ist bekanntlich dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Die letzte Erklärung der UGTA ist eindeutig: „Die politische Unabhängigkeit ist kein Selbstzweck. Die algerischen Arbeiter kämpfen nicht nur dafür, eine Nationalfahne und diplomatische Vertretungen zu haben. Die algerische Revolution ist politisch, wirtschaftlich und sozial. In wirtschaftlicher Hinsicht setzt

sich die UGTA zum Ziel, die imperialistische Wirtschaft durch eine Volkswirtschaft zu ersetzen.“

Folgende Forderungen werden aufgestellt: Sozialer Mindestlohn, Familienunterstützung und Sozialversicherung für alle Arbeitnehmer, Schaffung einer algerischen Beamtenchaft, Recht auf Arbeit für alle, Drosselung der ausländischen Einwanderung. Die letzte Forderung steht mit der Massenarbeitslosigkeit in Algerien im Zusammenhang.

Den in Algerien ansässigen europäischen Arbeitnehmern reicht die UGTA „die Bruderhand“. Sie sagt: „Wie wir seid auch ihr Lohnempfänger und lebt von der Vermietung eurer körperlichen oder geistigen Arbeitskraft.“

Bis jetzt wurde dieser Appell nicht gehört. Die kleinen europäischen Lohnempfänger in Algier und Oran sind bis jetzt die verbissensten Anhänger der OAS. Die algerisch-französischen Gewerkschaftssektionen befinden sich deshalb in offenem Bruch mit den großen Gewerkschaftszentralen der französischen Metropole.

Hingegen findet die Aktion der UGTA starken Widerhall in den Gewerkschaftsbewegungen *Tunesiens* und *Marokkos*, die sie zum gemeinsamen Kampf „gegen den Neokolonialismus und für ein vereintes Maghreb“ auffordert.

Tunis und Rabat sehen diese Entwicklung mit einiger Sorge. Die algerische Revolution hat schon jetzt die Grundfesten der tunesischen Republik und des marokkanischen Königreiches erschüttert. Im Waffenstillstand mit de Gaulle hat die FLN allerdings vorläufig auf die soziale Revolution verzichtet, gerade auf Drängen von *Burgiba* und *Has-san II*. Innerhalb der FLN gibt es aber einen radikalen Flügel, der sich eben auf die nach sozialer Gleichberechtigung strebenden Massen der Arbeiter und Landarbeiter stützt. Ihr Streben wird von der UGTA zum Ausdruck gebracht.

### Die Chancen einer Maghreb-Föderation

Die Schaffung eines „Groß-Maghreb“, nämlich einer Föderation der drei nordafrikanischen Länder, ist wie gesagt eine der wichtigsten Forderungen des algerischen Gewerkschaftsbundes. Ihre Verwirklichung ergäbe einen Staatenbund — oder Bundesstaat — von 3 Millionen Quadratmetern (sechsmal so groß wie Frankreich) mit 26 Millionen Einwohnern (11,5 Millionen Marokkaner, 10 Millionen Algerier, 4 Millionen Tunesier).

Dieser Plan ist in Rabat zunächst populärer als in Tunis. Marokko würde nämlich aus der neuen Verbindung den größten Vorteil zie-

hen. Schließlich würde sich der neue Großraum aber für alle Beteiligten günstig auswirken. Die Abschaffung der Zollgrenzen in Nordafrika würde nicht nur einen gemeinsamen Markt von 26 Millionen Menschen schaffen, sondern auch die Errichtung von großen Industriebetrieben ermöglichen, gespeist durch das Erdgas der Sahara, einer besonders billigen Energiequelle. Die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wäre erleichtert; die jetzige Konkurrenz zwischen den drei Ländern würde wegfallen.

Das „Groß-Maghreb“ wäre wirtschaftlich und politisch stark genug, um mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorteilhafte Verträge zu schließen. Die Verwirklichung des nordafrikanischen gemeinsamen Marktes ist etappenweise geplant. Zuerst sollen, wie gesagt, die Zollschränken fallen.

Noch stehen dem großzügigen Plan allerdings eine Reihe von Hindernissen entgegen. Drei Beispiele seien hier genannt:

1. Marokko fordert einen Teil der algerischen Sahara, vor allem die Regionen von *Colomb-Béchar* und *Tindouf*.

2. *Stahlwerke* werden gegenwärtig in allen drei Ländern nach dem alten egoistischen Prinzip der gegenseitigen Konkurrenz errichtet oder geplant.

3. Alle drei Länder erzeugen *Phosphate*, die marokkanische Produktion ist aber reichhaltiger und wertvoller als die algerische oder gar tunesische. Vor der Unabhängigkeit Marokkos und Tunesiens gab es ein zentrales Nordafrikanisches Phosphatbüro, das die Produktion der drei Länder lenkte und somit auch die tunesische Ausfuhr berücksichtigte. Seit der Unabhängigkeit hat Marokko nun seinen Phosphatvertrag mit Tunesien und Algerien gekündigt, worauf diese beiden Länder ein gemeinsames Verkaufsbüro mit dem Senegal und Togo gründeten.

### Algerien und die EWG

87 vH der algerischen Ausfuhr geht in die sechs EWG-Länder, die andererseits 86 vH der algerischen Einfuhr bestreiten. Die Deutsche Bundesrepublik steht als Lieferant Algeriens an 5. Stelle, nach Frankreich, den USA, Marokko und der Elfenbeinküste. In den letzten vier Jahren stieg die algerische Ausfuhr von 33 Millionen DM (1958) auf 217 Millionen DM (1961). Zu diesen Ziffern haben Eisenerz und Erdöl viel mehr beigetragen als die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Algeriens.

Die kommende Algerische Republik wird mit dem Gewicht des Gemeinsamen Marktes in hohem Maße rechnen müssen, wahrschein-

lich in Form einer Assoziierung, etwa nach dem Beispiel Griechenlands. Andernfalls wäre Algerien gezwungen, eine strenge Austeritätspolitik durchzuführen.

Vor die gleiche Wahl sind übrigens auch Tunesien und Marokko gestellt. Die marokkanische Regierung beauftragte vor kurzem eine Kommission mit der Prüfung der Probleme, die sich aus der zweiten Etappe des Gemeinsamen Marktes ergeben. Tunis hat in diesem Sinne seit längerem mit Brüssel Fühlung genommen. Die beiden Länder des Maghreb trafen bis jetzt keinen Beschluß und warteten ab. Die Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes und die Unabhängigkeit Algeriens werden Rabat und Tunis zu einer Entscheidung zwingen. Wenn Algerien beispielsweise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitrifft, könnten Tunesien und Marokko, die ihr Gemüse und ihren Wein auf den europäischen Markt bringen, nicht abseits bleiben.

Aber selbst wenn die drei nordafrikanischen Länder eine Föderation bilden, werden sie jedenfalls zwischen Europa und dem Osten wählen müssen, d. h. zwischen einer verstärkten wirtschaftlichen Bindung an die EWG oder einem totalen sozialen Umsturz mit „chinesischen“ Methoden. *Georg Scheuer, Paris*

## Neue Wege des afroasiatischen Instituts der Histadruth

Die häufigen Besuche von Gewerkschaftlern und Funktionären der Genossenschaftsbewegung aus den Entwicklungsländern in Israel hatten die Histadruth, die zentrale Gewerkschaft der Arbeiter Israels, dazu veranlaßt, regelmäßige Kurse für diese Besucher einzurichten. Sie wurden in Fragen der Gewerkschaftsarbeit und des Genossenschaftswesens eingeführt und hatten durch praktische Teilnahme an der Arbeit in landwirtschaftlichen Genossenschaften die Möglichkeit, das Leben und die Probleme der israelischen Genossenschaften kennenzulernen.

Ihren Höhepunkt erreichten die Kurse im Jahre 1959, als die Histadruth mit Unterstützung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften zum ersten Male ein großes Seminar abhielt, zu dem sich über 60 Teilnehmer aus den Ländern Asiens und Afrikas einfanden. Die Erfahrungen mit diesem Seminar und die Wünsche der Teilnehmer veranlaßten die Leitung der Histadruth, aus dem einmaligen Seminar ein ständiges afro-asiatisches Institut zu machen, das regelmäßige Lehrgänge für Gewerkschaftsfachleute und Funktionäre der Genossenschaftsbewegung abhält.

Dieses Institut wurde der internationalen Abteilung der Histadruth unterstellt, die von *Jehudith Simchoni* geleitet wird. *Jehudith Simchoni* gehört selbst der landwirtschaftlichen Genossenschaft (*Kibbuz*) *Gewa* im Norden Israels seit Jahrzehnten an und kennt die Probleme der Genossenschaften und der neuen Gesellschaft aus eigener Lebenserfahrung. Die Histadruth vermochte die Kosten für die Unterhaltung des afro-asiatischen Instituts nicht allein aufzubringen; sie konnte die amerikanische Gewerkschaftsorganisation AFL-CIO zur Beteiligung an der Unterhaltung des Instituts veranlassen. Der Vorsitzende der AFL-CIO, *George Meaney*, trat in die Leitung des Instituts ein, und die amerikanischen Gewerkschaften freuten sich darüber, auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur Entwicklungshilfe leisten zu können.

Doch für die politische Konstellation in unserer Zeit ist kennzeichnend, daß diese Beteiligung der USA-Gewerkschaften Anlaß zur Kritik gab, und kein Geringerer als der israelische Ministerpräsident *Ben Gurion* vertrat die Meinung, das Institut hätte ohne amerikanische Hilfe arbeiten sollen, um nicht den „Verdacht“ aufkommen zu lassen, es handle sich um ein „getarntes Unternehmen der USA“ oder „gar der NATO“. Die Histadruth-Leitung wies diese Kritik zurück, aber inzwischen ist in der Form der Beteiligung der Amerikaner am Institut eine wesentliche Änderung eingetreten. Die AFL-CIO subventioniert nicht mehr direkt das Institut, sondern die einzelnen Zweigverbände der amerikanischen Gewerkschaftsverbände stellen Mittel für Stipendien zur Verfügung. Auf diese Weise wurde eine wesentliche „Entpolitisierung“ der amerikanischen Unterstützung erreicht. *George Meaney* gehört nicht mehr dem Direktorium des Instituts an, was die Wandlung in der Struktur besonders deutlich macht.

Leiter des Kuratoriums des Instituts ist der frühere israelische Botschafter in Großbritannien, *Eliahu Eilath*, der ein guter Kenner des Orients und der Entwicklungsländer ist und seine Aufgabe mit großem Erfolg bewältigt. Die praktische Geschäftsführung liegt in den Händen von *Akiba Eger*. *Eger* ist Mitglied einer Arbeitersiedlung (*Kibbuz*) und war im Auftrage der *Kibbuz*-bewegung viele Jahre lang in englisch- und französischsprachigen Ländern tätig. Er hat eine besondere Fähigkeit, sich in die Mentalität der Gäste aus den Entwicklungsländern einzufühlen, und alle bisherigen Instituts-Besucher haben ihn und seine Arbeit sehr gerühmt.

Früher war das Institut im Hause der Schule für Gewerkschaftsfunktionäre untergebracht. Nach dem Einsetzen der amerikanischen Hilfe wurde für das Institut ein eigenes Gebäude im Norden Tel Avivs in unmittelbarer Nähe der Gewerkschafts-Schule errich-

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

tet. Dort fühlen sich die Gäste sehr wohl; nicht zuletzt trägt das Personal dazu bei, das besonders ausgewählt wurde. Die meisten Helfer des Instituts stammen aus Nordafrika und beherrschen außer Französisch und Englisch auch Arabisch.

Das Institut hat Pläne für Dreimonatslehrgänge ausgearbeitet, in denen die Kursteilnehmer in die Probleme der Gewerkschaftsarbeit und des Genossenschaftswesens eingeführt werden. Gewöhnlich verbringen sie zwei Wochen in landwirtschaftlichen Siedlungen, um die Praxis kennenzulernen. Bisher fanden zwei solcher Dreimonatslehrgänge statt, und aus ihnen hat das Institut wichtige Lehren gezogen. Während früher Kurse gleichzeitig für Gäste aus den französisch-sprachigen und englisch-sprachigen Gebieten abgehalten wurden, ließ das Institut diese Mischung jetzt fallen. Es zeigte sich, daß die Unterschiede der Besucher in Herkunft und Mentalität zu groß waren; der jetzige dritte Lehrgang ist ausschließlich für Teilnehmer mit englischen Sprachkenntnissen zugeschnitten. Er dauert bis Mitte April, und die Zahl der Schüler beträgt etwa 50. 15 von ihnen kommen aus asiatischen Ländern, die übrigen aus Afrika. Besonders stark sind Tanganjika und Kenya vertreten. Die meisten Teilnehmer haben Hochschul- oder Gymnasialbildung, und die Instituts-Leitung achtet jetzt sehr auf die Vorbildung, nachdem in dieser Beziehung in der Vergangenheit manche Mißgriffe zu verzeichnen waren. Die Auswahl der Kandidaten wird im allgemeinen durch die israelischen diplomatischen Vertreter vorgenommen, die mit den Bewerbern vorher sprechen. Empfehlungen ehemaliger Seminarteilnehmer spielen auch eine Rolle.

Die Dozenten am Institut kommen natürlich vor allem aus Israel. Im dritten Lehrgang referieren u. a. der frühere Ministerpräsident *Scharet*, Außenminister *Golda Meir* und der frühere Generalsekretär der Histadruth, *Pinchas Lawon*. Neben den Israelis werden auch ausländische Sachverständige herangezogen, so Prof. *Hobarth* (Experte für Genossenschaftswesen aus England) und Prof. *Abojada* von der Universität in Abidjan (Elfenbeinküste).

Die Institutsleitung hat errechnet, daß sie je Teilnehmer 1000 Dollar an Kosten aufwenden muß, und sie achtet darauf, daß die Interessenten sich selbst an den Kosten beteiligen, zumindest durch Aufbringung der Reisekosten. Über die moralische Wichtigkeit einer solchen Maßnahme ist nicht viel zu sagen; diese vernünftige Haltung der Institutsleitung (die natürlich zur Verbesserung der Auslese beiträgt) steht in klarem Gegensatz zu den Ostblockländern, die in großzügiger Weise allen Interessenten auch die Reisekosten bewilligen.

Nach Beendigung des Lehrgangs in Englisch wird das Institut einige Sonderkurse veranstalten, u. a. findet im Sommer ein Seminar in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt statt. An diesem werden sich 30 Hörer beteiligen, unter ihnen einige aus Persien und Griechenland, wie auch fünf aus Israel. Im Herbst wird dann der vierte reguläre Lehrgang des Instituts für Hörer aus französisch-sprechenden Entwicklungsländern abgehalten werden; schon heute liegen für diesen Kurs viele Anmeldungen vor, da das Interesse für Ausbildung in Israel außerordentlich groß ist. Nur nebenbei sei bemerkt, daß außerhalb des Instituts über 100 Studenten aus den Entwicklungsländern an der Hebräischen Universität in Jerusalem und der Technischen Hochschule (Technion) in Haifa studieren. Das „Prunkstück“ des Technions ist ein Ghanese, der seine Ausbildung auf den Philippinen genoß und der am Technion schon als Assistent in gehobener Stellung tätig ist.

Die Histadruth bemüht sich, weitere Unterstützung für das afro-asiatische Institut zu bekommen, um die Hilfe für die Einrichtung möglichst international zu gestalten. Ein erster Erfolg in dieser Richtung war kürzlich zu verzeichnen, als die Stadt Zürich einen Beitrag von 200 000 Schweizer Franken für das Institut bewilligte. Weitere Beträge werden von der internationalen Gewerkschaftsbewegung erwartet, da der IBFG das Institut ausdrücklich als förderungswerte Ausbildungsstätte für Gewerkschaftswesen und Genossenschaftsprobleme anerkannte.

Die Leitung des Instituts versucht, mit den Teilnehmern der Kurse nach ihrer Abreise aus Israel in Verbindung zu bleiben, und sie konnte erfahren, daß viele von ihnen die in Tel Aviv erworbenen Kenntnisse in zweckentsprechender Weise verwenden konnten. So wurde einer der bisher 120 Schüler des Instituts Leiter des Genossenschaftswesens in Uganda, ein anderer Minister für Genossenschaften in einem afrikanischen Staat; verantwortliche Funktionäre der Genossenschaften in Guinea wurden ebenfalls in Israel ausgebildet, obwohl Guinea sonst keine guten Beziehungen zu Israel unterhält. In Zukunft sollen die Beziehungen zwischen der Leitung des Instituts und den Gästen weiter intensiviert werden, und Israel hofft, daß diese Verbindungen auch der Herstellung ständiger guter Kontakte zwischen Israel und den neuen Staaten in Afrika dienen können.

Viele ausländische Besucher aus dem Westen haben das afro-asiatische Institut besichtigt und aus seinen Erfahrungen wertvolle Hinweise mitnehmen können. Zu ihnen zählte eine Delegation der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Deutschland, deren Mitglieder die Erkenntnisse Israels für die Entwicklungshilfe und Ausbildungsarbeit in Deutschland verwenden wollen.

*J. E. Palmon, Tel Aviv*